Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

A-Post

Bundesamt für Kultur BAK
3003 Bern

Per Mail an:
fiona.haeusler@bak.admin.ch

4. Juni 2024

Vernehmlassung zum Konzept «Transitplätze»

Sehr geehrte Frau Direktorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 5. März 2024 hat das Bundesamt für Kultur zusammen mit dem Bundesamt für Raumentwicklung die Kantone zur Anhörung des Konzepts «Transitplätze» eingeladen. Zu den zur Verfügung gestellten Unterlagen können wir uns wie folgt äussern:

Allgemeines

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um ein Konzept nach Raumplanungsgesetzgebung. Es hat zum Ziel, den Bedarf an Transitplätzen für ausländische Fahrende zu decken bzw. den bestehenden Mangel zu verringern. Wir anerkennen, dass die aktuelle Situation im Zusammenhang mit der fahrenden Lebensweise unbefriedigend ist und begrüssen deshalb im Grundsatz das in der Verantwortung des Bundes liegende Konzept. Es fragt sich aber, ob es ausreicht, um die Ziele (zeitnah) zu erreichen. Unseres Erachtens ist es wesentlich, dass der Bund den Kantonen und Gemeinden in dieser Thematik den Rücken stärkt und sich in seinem Zuständigkeitsbereich entsprechend einsetzt. Wir würden es letztlich begrüssen, wenn der Bund die Thematik «Transitplätze» als eigentliche Bundesaufgabe anerkennen und in einem Sachplan mit räumlichen Festlegungen und einem anschliessenden Plangenehmigungsverfahren behandeln würde.

Das vorliegende Konzept setzt voraus, dass die Kantone ausreichend Stand- und Durchgangsplätze für Schweizer Jenische und Sinti mit fahrender Lebensweise bereitstellen. Der Kanton Solothurn beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit diesem Thema und hat die Realisierung von Stand- und Durchgangsplätzen für Schweizer Fahrende (Jenische und Sinti) als Planungsauftrag im kantonalen Richtplan aufgenommen. Bei der Umsetzung zeigt sich, dass es sich um ein heikles Thema handelt, bei dem sich die Fragestellungen und Bedenken weniger auf planerische Aspekte beziehen, sondern gesellschaftlicher Natur sind. Es darf also nicht ohne Weiteres davon ausgegangen werden, dass es den Kantonen kurz- bis mittelfristig gelingt, ihren bestehenden Aufträgen für Stand- und Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende nachzukommen. Ganz wesentlich dabei wird sein, dass sich diese Bestrebungen auf kantonaler Ebene nicht mit der Bereitstellung von Transitplätzen vermischt.

Die Schaffung separater Halteplätze für Schweizer Fahrende und ausländische Fahrende sieht das Bundesgericht als legitim an, sofern der Bedarf beider Gruppen gedeckt werden kann. Aus Sicht des Diskriminierungsschutzes ist es wichtig, eine rechtsgleiche Behandlung aller Fahrender sicherzustellen. In diesem Bereich könnte das Konzept noch gestärkt werden.

Anmerkungen zu den Festlegungen

Strategische Ziele

Das strategische Ziel Z1 gibt vor, dass die Transitplätze langfristig mit einer Festlegung im kantonalen Richtplan und schliesslich mit geeigneten Nutzungsplänen zu sichern sind. Wir unterstützen den Ansatz, dass sich das Vorgehen auf bestehende raumplanerische Instrumente und Verfahren abstützt. Grundsätzlich nachvollziehbar ist, dass die Planung in Planungsregionen erfolgt und bei der Konkretisierung die Bedürfnisse der Fahrenden einbezogen werden. Es wird jedoch eine Herausforderung sein, als Planungsregion geeignete Gebiete zu evaluieren und planerisch festzulegen. Schliesslich ist immer ein konkreter Standort in einer Gemeinde betroffen.

Leitvorstellungen zur Zusammenarbeit

In den Leitvorstellungen zur Zusammenarbeit werden die strategischen Ziele mit Handlungsgrundsätzen ergänzt. L1 äussert sich zum Bedarf, der vom Bund ermittelt und in Abstimmung mit den Kantonen bestimmt wird, und L2 zu den Planungsregionen. Der Kanton Solothurn bildet zusammen mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Planungsregion Nordwestschweiz. In dieser besteht ein Bedarf von 1-2 Transitplätzen mit insgesamt 30-40 Stellplätzen. Die Herleitung des Bedarfs, die räumliche Verteilung sowie die Grösse und der Perimeter der Planungsregion ist grundsätzlich nachvollziehbar.

Gemäss L5 legen die Kantone die geeigneten Standorte im Richtplan fest. Zu diesem Zweck ist der Richtplan bei der nächsten Gelegenheit anzupassen. Hier darf seitens Bund kein zeitlicher Druck ausgeübt werden, da im Kanton Solothurn der laufende Prozess für Halteplätze für Schweizer Fahrende (Jenische und Sinti) nicht durch die Planung von Transitplätzen konkurrenziert oder gar gefährdet werden darf.

L6 gibt vor, dass der Bund die Kantone bei der Planung unterstützt, z.B. mit Einbringen von potenziellen Grundstücken des Bundes sowie mit fachlicher und koordinierter Begleitung. Wir erwarten dazu ein grosses und zeitnahes Engagement des Bundes.

In den weiteren Leitvorstellungen ist festgelegt, dass die Baukosten und die durch den Betrieb nicht gedeckten Kosten von den Kantonen der Planungsregion zu tragen sind. Die Planungskosten sind nicht erwähnt. Aus unserer Sicht wäre angebracht, wenn der Bund den Lead übernehmen und für die Planungs-, Bau- und möglichst auch für die Unterhaltskosten aufkommen würde. Auch beim Betrieb stellt sich die Frage, ob dieser vom Standortkanton sichergestellt werden muss. Hilfreich wäre, wenn der Bund geeignete Musterreglemente zur Verfügung stellen könnte bzw. wenn die Benutzungsreglemente für alle Transitplätze möglichst einheitliche Regelungen enthalten würden.

Die Leitvorstellung L10 zum Einbezug der ausländischen Fahrenden erachten wir als wichtig für die Planung und den Betrieb von Halteplätzen.

Planungsgrundsätze

Mit den Planungsgrundsätzen sollen die Rahmenbedingungen für die Planung der Transitplätze bestimmt werden. P1 besagt, dass die Kantone die Transitplätze mit einer umfassenden Interessenabwägung räumlich abstimmen. Im Erläuterungsbericht ist festgehalten, dass die Ausgangslage für die raumplanerische Sicherung von Plätzen der Nachweis eines regionalen bzw. lokalen Bedarfs ist. Der Bedarf wird gemäss L1 vom Bund ermittelt und in Abstimmung mit den Kantonen für die festgelegten Planungsregionen bestimmt. Es handelt sich damit keinesfalls um einen lokalen Bedarf, sondern um einen Bedarf einer überkantonalen Region. Dies sollte in P2 unter i)

entsprechend ergänzt werden (nachgewiesener überkantonaler Bedarf). Unter iii) ist das Einhalten der allgemeinen raumplanerischen Voraussetzungen festgehalten. Der Grundsatz eines Standorts innerhalb einer bestehenden Bauzone sollte ebenfalls aufgeführt werden (analog den Erläuterungen).

Massnahmen und Empfehlungen

Die Massnahmen und Empfehlungen zeigen auf, was der Bund vorzukehren hat und was die Kantone zur Umsetzung des Konzepts beitragen können. Wir begrüssen die Massnahme M2, dass der Bund seine verfügbaren Grundstücke als Grundlage für die Planung von Halteplätzen für ausländische und auch für Schweizer Fahrende zur Verfügung stellt. Dies wird - so hoffen wir - die Suche nach geeigneten Flächen erleichtern.

Das vorgesehene Monitoring inklusive Berichterstattung (M4) ist eine geeignete Massnahme, um den Umsetzungsstand regelmässig zu prüfen und, wo notwendig, Anpassungen vorzunehmen. Dazu gehört auch die Überprüfung des Bedarfs an Halteplätzen und die Aufteilung auf die Planungsregionen.

Die Massnahmen M5 Handbuch für den Bau und Betrieb von Transitplätzen und M6 Förderung des Zusammenlebens zwischen fahrender und sesshafter Bevölkerung begrüssen wir und erwarten, dass der Bund sie möglichst zeitnah angeht.

Mit E1 wird den Kantonen empfohlen, geeignete kantonale Grundstücke als Standorte für Transitplätze zur Verfügung zu stellen. Wir weisen darauf hin, dass für die Kantone zunächst der Bedarf an Halteplätzen für Schweizer Fahrende (Jenische und Sinti) im Vordergrund steht. Geeignete kantonale Grundstücke sollen prioritär für diese Halteplätze berücksichtigt werden.

Die Ergänzung zu E4, dass die Kantone betreffend Nutzungsplanung kantonale Instrumente prüfen bzw. nach Möglichkeit anwenden und damit die Gemeinden entlasten, erachten wir als zweckmässig.

Die Empfehlung E5, im Kanton eine Koordinations- bzw. Fachstelle für Fahrende einzurichten, ist hilfreich für die Koordination und das Voranbringen der Prozesse. Diese Stelle sollte grundsätzlich für alle Arten von Halteplätzen zuständig sein. Der Kanton Solothurn hat seit einigen Jahren eine Fachstelle für Fahrende sowie neu auch eine kantonale Arbeitsgruppe für die Planung und Realisierung von Halteplätzen für Schweizer Fahrende (Jenische und Sinti) eingesetzt.

Die in E6 aufgeführte Berücksichtigung der Anliegen der Standortgemeinden ist wichtig für den Planungsprozess. Es sind jedoch nicht nur die Standortgemeinden, sondern auch weitere betroffene Gemeinden einzubinden. Schliesslich ist in Absprache mit den Gemeinden die ortsansässige Bevölkerung geeignet zu informieren und einzubeziehen.

Der Prozess zur Etablierung neuer, definitiver Transitplätze nimmt oft viel Zeit in Anspruch. Deshalb sind die Empfehlungen zur Schaffung provisorischer Halteplätze (E7) als Übergangslösung sowie zu den Rahmenbedingungen für Spontanhalt (E8) zentrale Elemente des Konzepts. In diesem Sinne ist auch der nahtlose Ersatz im Falle der Aufhebung bestehender Plätze essenziell (P3).

Die im Erläuterungsbericht dargestellten Planungsprozesse (Abbildung 3) bilden unseres Erachtens nicht alle Sachverhalte vollständig bzw. geeignet ab: Es fehlen eine Verbindung zwischen Vorprojekt und den Raumplanungsverfahren (Richtplanung und Nutzungsplanung) sowie ein Link von Monitoring/Berichterstattung zu (Handlungs-)Bedarf. Ausserdem sollte das Thema Kommunikation ergänzt werden, da es für einen erfolgreichen Prozess unerlässlich ist.

Fazit

Grundsätzlich begrüssen wir, dass die Realisierung von Transitplätzen für ausländische Fahrende als Verbundaufgabe aller Staatsebenen angesehen wird. Dabei erwarten wir aber ein grosses Engagement des Bundes. Unseres Erachtens bedarf es - neben der Bereitstellung geeigneter Grundstücke und Grundlagen sowie einer Koordinationsfunktion - auch einer finanziellen Unterstützung bei der Planung und beim Bau von Transitplätzen analog den Halteplätzen für Schweizer Fahrende. Noch zielführender wäre es, wenn - wie bereits erwähnt - diese Thematik als Bundesaufgabe in einem Sachplan mit räumlichen Festlegungen und einem anschliessenden Plangenehmigungsverfahren behandelt werden könnte (analog Sachplan Asyl).

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber